

Kleine Anfrage mit Antwort**Wortlaut der Kleinen Anfrage**

der Abgeordneten Pia-Beate Zimmermann (LINKE), eingegangen am 21.01.2011

Mitwirkung des Landes Niedersachsen beim EU-Projekt GODIAC

Die Europäische Union hat sich ein neues Projekt zur Handhabung politischer Proteste gestartet. „Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe“ (GODIAC) vereint 20 Partner aus elf Ländern und wird von der schwedischen Polizei geführt. Die erste von zehn Feldstudien wird anlässlich des jüngsten Castortransportes im Wendland erstellt. Bereits mit dem Programm „Coordinating National Research Programmes on Security during Major Events in Europe“ (EU-SEC), das im Rahmen der europäischen Sicherheitsforschung angesiedelt ist und in die zweite Stufe verlängert wurde, wollten die Projektpartner aus 22 EU-Mitgliedstaaten Standards für „polizeiliche Großlagen“ entwickeln. Als „Major Events“ gelten etwa Gipfelproteste, aber auch Sportereignisse wie Fußballmeisterschaften oder Olympische Spiele. EU-SEC II läuft 2011 aus und hat u. a. geholfen, einen „Leitfaden für europäische Polizeien“ zu entwerfen. Darin wird u. a. geraten, frühzeitig Daten über erwartete Demonstranten auszutauschen, Reisesperren zu verhängen, möglichst früh gute Beziehungen zur Presse aufzubauen und die Informationshoheit zu behalten. Die Staatsanwaltschaften werden zu einer hohen Zahl von Verurteilungen angehalten.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher konkreten Form ist das Land Niedersachsen mit wie vielen Personen aus welchen Institutionen aus welchen inhaltlichen Gründen an dem Programm „Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe“ (GODIAC) beteiligt?
2. In welcher konkreten Form sind welche nicht staatlichen Organisationen an diesem Projekt beteiligt?
3. Welche Kosten entstehen dem Land Niedersachsen aus der Mitwirkung an diesem Projekt?
4. Welche ersten konkreten Ergebnisse liegen im Zusammenhang mit der Feldstudie anlässlich des jüngsten Castortransportes im Wendland vor?
5. In welcher Form waren welche Personen von welchen Institutionen und Organisationen des Landes Niedersachsen an der Feldstudie anlässlich des jüngsten Castortransportes aus welchen Gründen beteiligt?

(An die Staatskanzlei übersandt am 28.01.2011 - II/721 - 878)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- P21.32-01223/011-200102 -

Hannover, den 07.03.2011

Die Europäische Union (EU) verfolgt im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse das Ziel, den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ihrer Mitgliedstaaten einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu bieten. Die EU-Forschungsförderung stellt dabei einen wichtigen Baustein in der Kette

einer umfassenden Maßnahmenpalette zur Realisierung der höchstmöglichen Sicherheit in Europa dar.

Vor diesem Hintergrund wurde für die Jahre 2007 bis 2013 das spezifische EU-Förderprogramm „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ als Teil des grundlegenden Rahmenprogramms „Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte“ aufgelegt. Im Kern ist das Programm auf die Entwicklung von Instrumenten und Methoden zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgerichtet und basiert auf systematischer Forschungsarbeit.

Am 31. August 2010 startete im o. g. Kontext das europäische Forschungsprojekt „Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe“ (GODIAC). Die verantwortliche Leitung und Gesamtkoordinierung des Projektes obliegt dabei der zentralen Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde der schwedischen Polizei, dem „National Police Board“. Ziel des Projektes ist es, die Möglichkeiten gezielter kommunikativer und dialogischer Einsatzpraktiken zur Verhinderung bzw. Minimierung von Gewalt im Zusammenhang mit Demonstrationsgeschehen zu erforschen. Entsprechend dieser Zielsetzung untersuchen die Projektbeteiligten bis zum 31. Juli 2013 anhand von zehn Fallstudien standardisiert demonstrative Veranstaltungen in mehreren EU-Mitgliedstaaten.

Innerhalb der niedersächsischen Polizei arbeitet der Sozialwissenschaftliche Dienst (SWD) der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) seit dem Jahr 2001 erfolgreich an einem Konfliktmanagement-Modell zur Förderung friedlicher Versammlungsabläufe.

Weitere Aufgaben des SWD sind u. a. die sozialwissenschaftliche Beratung der Polizeieinsatzleitung bei Großdemonstrationen sowie die Koordination von Konfliktmanagern im Einsatzraum.

Die Ziele und Aufgaben des in Niedersachsen bei Versammlungen praktizierten Konfliktmanagements stehen grundsätzlich im Einklang mit den wissenschaftlichen Fragestellungen und Forschungszielen des EU-Projektes GODIAC. Der SWD ist bestrebt, aktuellste wissenschaftliche Erkenntnisse aufzunehmen und in das bestehende Konfliktmanagementkonzept zu integrieren. Insofern bietet das EU-Projekt GODIAC eine Plattform zur Gewinnung weitergehender wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Vor diesem Hintergrund und im Fall der Projektbeteiligung positiv zu prognostizierenden vertiefenden Erweiterung von fachtheoretischen und praktischen Kenntnissen fiel der Entschluss zur Bewerbung um eine Beteiligung der ZPD am EU-Projekt GODIAC. Der eingereichte Antrag wurde nach Prüfung des zuständigen Gremiums positiv beschieden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Niedersachsen beteiligt sich mit einer Mitarbeiterin und einem Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Dienstes (SWD) der Zentralen Polizeidirektion am Projekt GODIAC.

Im Übrigen siehe Vorbemerkungen.

Zu 2:

Am EU-Projekt GODIAC sind nichtstaatliche Organisationen nicht beteiligt.

Zu 3:

Dem Land Niedersachsen entstehen Personalkosten für die zu 1. benannten Projektteilnehmer während der Forschungstätigkeit.

Zu 4:

Die Erstellung des Berichtes zur „Feldstudie Castortransport“ ist noch nicht abgeschlossen. Daher liegen aktuell noch keine konkreten Ergebnisse vor.

Zu 5:

Grundsätzlich werden zur Gewährleistung größtmöglicher Objektivität der Feldforschung die Projektteilnehmer des jeweiligen Gastgeberlandes nicht aktiv beteiligt.

Während des Castoreinsatzes unterstützten die zu 1. benannten niedersächsischen Projektteilnehmer die ausländischen Feldforscher bei der Kontaktaufnahme zu Vertretern der Protestbewegung sowie der Polizeieinsatzleitung.

Zur Sicherstellung unabdingbarer geografischer Orientierung und Fortbewegung im weitläufigen Einsatzgebiet begleiteten Mitarbeiter(-innen) der Polizeidirektion Lüneburg sowie zwei ortskundige Polizeibesetzte des Landes Niedersachsen die ortsfremden Feldforscher vor Ort.

Uwe Schünemann